



Leitartikel

von Reinhard Göweil

Der Rohstoff für Unheil

Gold und Silber auf Rekordhoch, Öl wieder einmal unterwegs Richtung 100-Dollar-Grenze, Kupfer ist sauteuer, und auch agrarische Rohstoffe werden immer teurer. In den Herkunftsländern haben aber Bevölkerung und Bauern wenig bis nichts davon.

Die Situation von 2008 entsteht gerade wieder neu und bildet den Rohstoff für künftiges Unheil. Eine der Begründungen für die Preissteigerung ist entlarvend: Unsicherheiten am Euro-Markt, vor allem bei den Schuldverschreibungen von Irland und Portugal, lenken Kapitalströme in die Rohstoffmärkte. Es ist viel Geld unterwegs auf der Welt, und dieses Geld sucht Veranlagungsmöglichkeiten.

Womit die Frage beantwortet wäre, ob die steigenden Preise bei Metallen und Nahrungsmitteln auf steigenden Verbrauch zurückgehen oder auf bloße Finanzgeschäfte...

Natürlich wird das Ganze von Analysten verbrämt. Preissteigerungen bei Mais werden erklärt, weil die USA dem Benzin mehr Alkohol beimischen wollen, der daraus gewonnen wird. Bei Erdöl wird wortreich dargetan, dass die Förderung in tieferen Schichten schwieriger und teurer wird.

Beides ist richtig, aber es bietet gleichzeitig Investmenthäusern jeglicher Größe und Qualität den Punkt, an dem sie ihre milliardenschweren Hebel ansetzen können.

Der Wohlstand der Welt wird dadurch nicht vermehrt. Im Sudan, ein sehr ressourcenreiches Land, verhungern nach wie vor Menschen. Und obwohl die Metallpreise steigen, kommen in Südamerika und Asien täglich Bergleute in schlecht gesicherten Bergwerken ums Leben. Wer soll das verstehen?

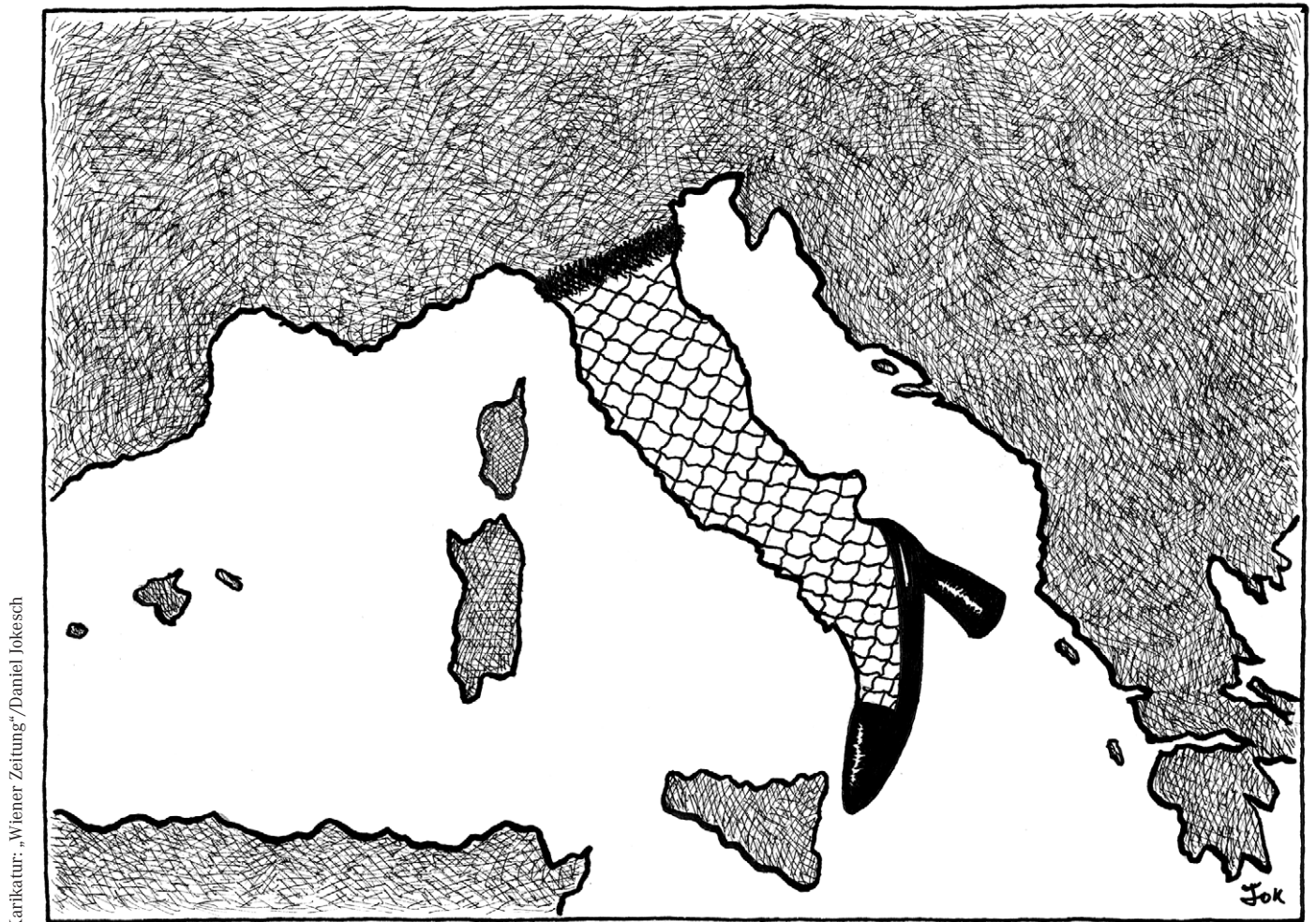
Dieses fehlende Gleichgewicht ist es, das immer mehr Menschen immer größeres Unbehagen bereitet: Da geht etwas hinten und vorne nicht zusammen. Die Marktwirtschaft, die in ihrer sozialen Ausprägung jene Wirtschaftsform ist, die dem Menschen am nächsten kommt, stellt sich aber damit selbst zur Diskussion. Die Finanz-Spekulation mit jenen Produkten, die der Mensch der Erde entnimmt, untergräbt eine Art Grundvertrauen.

Ohne einer „Zurück-zu-den-Wurzeln“-Romantik das Wort zu reden, liegt hier für die politischen Institutionen eine enorme Gefahr: Sie müssten die Spekulation mit Rohstoffen verbieten. Tun sie es nicht, stehen sie selbst am Prüfstand.

Alle Beiträge dieser Rubrik unter: www.wienerzeitung.at/leitartikel

leitartikel@wienerzeitung.at

Berlusconi



Karikatur: „Wiener Zeitung“/Daniel Jokesch

■ Gastkommentar

Die heimische Politik und die Familien

Von Christina Aumayr-Hajek

Andreas Khol hat sich etwas getraut, dass man von heimischen Politikern eigentlich gar nicht mehr erwartet: Er hat ein selbstkritisches und herrlich reflektiertes Interview gegeben. Im „profil“ bezeichnet Khol die Familienpolitik als „gescheitert“ und wünscht sich mehr Kinderbetreuungseinrichtungen, damit die Mütter ihrem Beruf nachgehen

schlafes sei erlaubt, hat er uns doch vor allem viel Teilzeit und wenig Geburten beschert.

Wir haben eine desaströs niedrige Geburtenrate von 1,4 Kinder pro Frau. Nur 14 Prozent der Unter-Dreijährigen werden in Kinderkrippen betreut, im ländlichen Raum fehlen Kindergärten mit flexiblen und längeren Öffnungszeiten nahezu komplett. Mehr als die Hälfte der Frauen in Österreich arbeiten nur Teilzeit. Zum Vergleich: In Schweden arbeiten Mütter mit einem Kind bis sieben Jahre zu 41 Prozent in Vollzeit. Anders bei uns: Unter den 30- bis 44-jährigen Frauen werken 62 Prozent in Teilzeit.

können. Khol räumt sogar unreflektierten Konservatismus ein.

Das ist beachtlich und lobenswert, vielleicht kommt jetzt endlich Bewegung in unsere verkorkste Familienpolitik. Jahrzehntelang haben ideologische Gräben, katholische Kirche und politische Nachwehen des Nationalsozialismus unsere Familienpolitik in die Sackgasse manövriert.

Und alles, was Andreas Khol heute weiß, wussten die Schweden und Franzosen bereits in den 1980ern. Bei allem Lob zu einer Fehlerkultur, ein Seitenhieb auf die Auswirkungen dieses familienpolitischen Tief-

Das Problem dabei? Teilzeit ist ein Karrierekiller, mit Teilzeit macht man keine Karriere. Arbeit soll auch für Mütter erfüllend sein und finanzielle Souveränität sichern. Teilzeit bedeutet jedoch meist weder das eine noch das andere.

Politiker bedienen sich gerne der viel zitierten „Wahlfreiheit“ für Frauen. Doch dahinter versteckt sich hierzulande vor allem das Forcieren eines katholisch-konservativen Frauenbildes. Echte Wahlfreiheit würde nämlich weniger finanzielle Anreize bedeuten und stattdessen den flächendeckenden Ausbau hochwertiger Kinderbetreu-

ungseinrichtungen – als Orte der Förderung und Entfaltung und nicht als Aufbewahrungsstätten. Es hieße weg mit einer Zuverdienstgrenze, die nichts schafft, als beruflichen Erfolg durch ein gesetztes Einkommenslimit abzustrafen. Im Übrigen ein sehr leistungsfeindlicher Ansatz für eine Partei, die so gerne die Leistungsträger in unserer Gesellschaft vertritt.

Nun, und die Lehren für den Seniorenbund-Obmann

„Wahlfreiheit“ auf Österreichisch: Mutti bleibt zu Hause.“

aus der Geschichte? Seniorinnen jetzt den Alleinverdienerabsetzbetrag zu streichen geht natürlich nicht – wie ungerecht wäre das!

Politiker dürfen Fehler machen. Sie haben aber auch die Konsequenzen zu tragen, und das wäre in diesem Fall die Rücknahme eines teuren Privilegs, das wir Jungen finanzieren. Diese Verantwortung hätte eigentlich auch ein Seniorenbund-Obmann. ■

Christina Aumayr-Hajek ist studierte Kommunikationswissenschaftlerin und Geschäftsführerin von Freistil-PR.

Alle Beiträge dieser Rubrik unter: www.wienerzeitung.at/gastkommentar

gastkommentar@wienerzeitung.at

Obenstehender Gastkommentar gibt ausschließlich die Meinung des betreffenden Autors wieder und muss sich nicht zwangsläufig mit jener der Redaktion der „Wiener Zeitung“ decken.

Zitate zum Mittwoch

„Ich hoffe, dass die Menschen mich in Jahrzehnten als einen Präsidenten betrachten, der die wichtigen Herausforderungen erkannte.“

Ex-US-Präsident George W. Bush glaubt nicht an den schnellen Ruhm

„Mein Blut kochte.“ Derselbe erinnert sich an den Morgen des 11. September 2001

„Es ist absurd, wenn etwas, das für die Menschheit und deren Fortbestand grundlegend ist, per se als Unterwerfung definiert wird. Das würde bedeuten, dass die Gesellschaft ohne die Unterwerfung der Frau nicht fortbestehen könnte.“

Die deutsche Familienministerin Kristina Schröder zu einer Alice-Schwarzer-These zum Thema Geschlechtsverkehr

„Ich glaube, dass zumindest der frühere Feminismus teilweise übersehen hat, dass Partnerschaft und Kinder Glück spenden.“

Dieselbe

„Es kümmert doch niemanden, ob du einen Joint rauchst oder nicht.“

Der kalifornische Gouverneur Arnold Schwarzenegger

„Die Siedlungen sind nach internationalem Recht illegal, sie sind ein Hindernis für den Frieden und machen eine Zwei-Staaten-Lösung unmöglich.“

EU-Außenministerin Catherine Ashton

„Wir müssen ihn wirklich willkommen heißen wie einen Bruder, der endlich heimkommt.“

Der Indonesier Linggass Sitompul über den Besuch von US-Präsident Barack Obama

■ Irrgänge

Elektro-Sisyphos

Schlecht ist die Welt. Zumindest für Wiener. Und sollte doch ein Lichtschimmer funkeln, so wird er weggesudert. Mitunter bewundernswert konsequent. Beispiel Bim-Intervall-Anzeige: Die kapituliert ganz gern bei der Linie D. Da spielt die Leuchttafel nämlich Elektro-Sisyphos: Kaum ist der Countdown – straßenbahnlos! – vorbei, geht's unbeirrt neu los. Bei 4 Minuten. Oder 12.

Was nun erschwerend hinzukommt: Dass der Wiener oft ebenso obrigkeitshörig wie -feindlich ist. „Die manen des ernst!“, keppelte jüngst also eine Seniorin über die quasi-amtliche „12“. Doch mit dem allergrößten Affront hat sie nicht gerechnet: Dass Sekunden später ein D anrollt. Was natürlich aufs Schärfste zu verurteilen ist: „Die san a ned dicht. Na, typische Gemeinde!“ – Sollte diese einmal den Weltuntergang ankündigen: Schweinerei, falls er nicht eintrifft. **Christoph Irrgeher**

satire@wienerzeitung.at

■ Boberskis Limerick

Will seinen Verein er vergrämen?
Ein „Saftladen“ sei Werder Bremen,
sagt einer, der gut kickt,
weshalb man sehr mild blickt
auf sein oft recht schlechtes Benehmen.